

NIEDERSCHRIFT Nr.: 14/S

über die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 02.12.2020, um 17:24 Uhr

14. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 17:24 Uhr

Sitzungsende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Herr Robert Bücking
Frau Jasmina Heritani
Frau Bettina Hornhues
Herr Carsten Meyer-Heder
Herr Dr. Volker Redder
Herr Harald Rühl
Frau Kerstin Selinski-Spohler
Herr Volker Stahmann
Herr Ingo Tebje
Herr Falk-Konstantin Wagner
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Frau Ledamun
Frau Dr. Blings	Herr Schütt
Frau Bullenkamp	Herr Sengstake
Frau Frese	Herr Staatsrat Stührenberg
Herr Haacke	Herr Tschupke
Herr Hesse	Frau Viezens
Frau Jansen	Frau Wessel-Niepel
Frau Geßner	Herr Staatsrat Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)
Herr Stolle (SKUMS)

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil – in Form einer Videokonferenz. Die erforderlichen Abstimmungen werden im Umlaufverfahren eingeholt und sind jeweils im Beschluss der Beratungsgegenstände dokumentiert.

Abg. Weiss weist auf eine Tischvorlage „Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Verlustausgleich BgA Markt wegen der coronabedingten Absage bzw. des Verbots der Durchführung der Veranstaltungen Osterwiese, Freimarkt und Weihnachtsmarkt“ unter Verschiedenes hin.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 13/S über die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit - öffentlicher Teil - vom 04.11.2020

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 30.09.2020**

Vorlage Nr. 20/175-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt die Zwischenberichte zum 30.09.2020 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt;
Zwischenberichte zum 30.09.2020**

Vorlage Nr. 20/176-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2020 zur Kenntnis.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Überseestadt Bremen - Entwicklungsbereich Hafenkante

Erschließung des 12. Baufeldes im Rahmen des 2. Bauabschnittes

Vorlage Nr. 20/170-L/S

Abg. Meyer-Heder signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt für die Erschließung des 12. Baufeldes (Hafenkante) der Realisierung der Friesensteinstraße und der Straße Gustaf-Eriksson-Ufer mit einem Bewilligungsvolumen in Höhe von 798.000 € zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Überseestadt zu, dass zur Finanzierung des 2021 benötigten kommunalen GRW-Anteils in Höhe von 39.900 € Eigenmittel des Sondervermögens Überseestadt herangezogen werden.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Vorlage über den Senator für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

An die Deputation

TOP 5 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt)

Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur;

Veogesacker Hafen und Umfeld

Vorlage Nr. 20/101-L/S

Abg. Frau Hornhues begrüßt das Projekt grundsätzlich und bittet zu erläutern, wieso der Veogesacker Hafen nicht häufiger ausgebaggert werde, warum ein räumliches Konzept erst jetzt erstellt werde, in engem zeitlichen Kontext mit den bekannt gewordenen Abwanderungsgedanken des Schulschiffvereins und wie die eventuelle Zuwendung an den Schulschiffverein ausgestaltet werde.

Dep. Dr. Redder bittet um getrennte Abstimmung.

Frau Geßner erläutert, dass die vorgesehene Ausbaggerung des Veogesacker Hafens mit der verbesserten Wasserqualität der Weser in Verbindung stehe; früher habe eine sogenannte Ausageung der Sedimente ausgereicht.

Mit der Vorlage werde kein neues Konzept entworfen; vielmehr würden die Flächen rund

um den Vegesacker Hafen unter neuen oder zusätzlichen Nutzungswünschen betrachtet, sodass der öffentliche Raum vor Speicher und Geschichtenhaus entsprechend – auch im Kontext mit dem neuen Haven Hööv't – aufgewertet werden könne. Dabei füge sich das Vorhaben zielgerichtet in den strategischen Rahmen des ISEKs ein und greife eine konkrete Maßnahme aus diesem Rahmen auf.

Über die Vorstellungen des Schulschiffvereins lägen dem Ressort keine abschließenden Ergebnisse vor, sodass der Prozess als offen gelte.

Frau Dr. Lübben ergänzt, dass es für Bremen-Nord ein Freizeit- und Naherholungskonzept (FUNK) gebe. Mit der Vorlage gehe es um konkrete zusätzliche Nutzungsoptionen des räumlichen Umfelds im Vegesacker Hafen für Veranstaltungen und Tourismus. Ein neues oder weiteres touristisches Konzept für den Bremer Norden sei mit der Vorlage nicht verbunden, sondern eine konkrete planerische Voraussetzung für neue Nutzungsoptionen des öffentlichen Raums.

Das Ressort befinde sich in Gesprächen mit dem Schulschiffverein über die wirtschaftliche und aktuell corona-bedingte Lage; in diesem Kontext würden auch die Strukturen des Schulschiffvereins beleuchtet.

Abg. Raschen stellt die beantragte Summe in Frage und äußert Irritation über die Fördermöglichkeit aus dem GRW-Programm; Bremerhaven organisiere seine Ausbaggerungen aus kommunalen Mitteln. Sofern erforderlich und möglich, werde dann auch Bremerhaven zukünftig entsprechende Anträge etwa zur Sail stellen. Für schädlich erachte er ein Konkurrenzdenken zwischen dem Land Bremen und der Stadt Bremerhaven in Bezug auf den zukünftigen Liegeplatz des Schulschiffs Deutschland. Diese Entscheidung sollte möglichst unbelastet dem Schulschiffverein überlassen werden.

Dep. Dr. Redder bemerkt kritisch, dass es bereits zwei entsprechende Konzepte gebe und jetzt nur ein weiteres Konzept aufgesetzt werde; ihm fehle die konkrete Umsetzung der schon bestehenden Konzepte.

Frau Geßner erwidert, für Bremen-Nord seien die Konzepte ISEK und FUNK verankert; diese gäben die strategischen Ziele und Leitideen für etwa räumliche und touristische Zwecke vor. Mit dieser Vorlage sei die Freigabe direkt baubezogener Planungsmittel nach HOAI als planerische Vorbereitung von Maßnahmen aus diesen Rahmenkonzepten verbunden.

Dep. Dr. Redder beharrt auf seiner Anschauung und bemängelt die Formulierung des Antrages und sieht Versäumnisse in der Umsetzung der schon bestehenden Konzepte.

Abg. Frau Hornhues dankt für die Erläuterungen zur Vorlage und die hergestellte Verbindung der Vorlage zum ISEK.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) der Ausbaggerung des Vegesacker Hafens als Grundvoraussetzung für die weitere touristische Nutzungsfähigkeit der Maritimen Meile mit Kosten in Höhe von 3.000.000€ zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) der Erstellung einer Konzeption zur Entwicklung der zukünftigen touristischen Nutzung mit Kosten von 100.000 € für das Umfeld des Vegesacker Hafens zur weiteren touristischen Entwicklung im Sinne der grundlegenden Konzepte FUNK und ISEK zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) zu, dass zur Finanzierung des 2021 benötigten kommunalen GRW-Anteils in Höhe von 1.225.000 € Eigenmittel des Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) herangezogen werden.

Die Beschlussfassung zu den Ziffern 1 und 3 erfolgt **einstimmig**; zu Ziffer 2 bei Enthaltung der Abgeordneten Meyer-Heder und Weiss sowie des Dep. Dr. Redder.

TOP 6 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis September 2020

Vorlage Nr. 20/188-L/S

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** antwortet **Frau Frese**, die Nachfrage stehe in Verbindung auf den folgenden TOP 7. Aufgrund der Corona-Krise seien nicht alle Innovationsvorhaben im EFRE-Programm umgesetzt worden; die Unternehmen fragten eine entsprechende Förderung aktuell weniger nach, sodass entsprechende Mittel aus der Ko-Finanzierung frei seien, um sie für die genannten Mehrausgaben heranzuziehen; freie EFRE-Mittel könnten aufgrund der Mehrjährigkeit des EFRE-Programms im weiteren Programmvollzug in den nächsten Jahren wieder dem Programm zugeführt werden. EU-Mittel gingen dadurch nicht verloren.

Sie weist darauf hin, dass aufgrund eines technischen Problems die Zahlen zu den strategischen Zielen in allen Produktgruppen auf „Null“ gesetzt worden seien.

Abg. Weiss weist auf Abweichungen der Zahlen zwischen Seite 5 und Seite 6 hin. **Frau Frese** sagt zu, dies über das Protokoll aufzuklären (Siehe Anlage 3).

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2020 zur Kenntnis.

TOP 7 Ausgleich von Gesamtmehrausgaben in Produktplänen 71 Wirtschaft und 31 Arbeit

Vorlage Nr. 20/177-L/S

Abg. Weiss und **Dep. Dr. Redder** sehen die Mehrausgaben und deren Finanzierung aus Investitionsmitteln kritisch und kündigen die Ablehnung der Vorlage an; **Dep. Dr. Redder** bemerkt irritiert, dass für das Ressort ein Personalüberhang festgestellt worden sei, während an anderen Stellen weiteres Personal zur Bedarfsdeckung eingestellt werde.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Ausgleich der Personal-mehrausgaben in Höhe von insgesamt 1.267 Tsd. € (1.023 Tsd. € (Land) und 244 Tsd. € (Stadt) im Personalhaushalt, wie oben im Abschnitt „C) Finanzielle Auswirkungen“ und in den beiliegenden Nachbewilligungsanträgen dargestellt, zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Vorlage über den Senator für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 8 Ergebnisse der in 2020 fälligen Erfolgskontrollen und Projektstatusberichte

Vorlage Nr. 20/184-L/S

Abg. Weiss bittet die Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Zahlen bezüglich der Prostitutionsbetriebe zu erläutern.

Frau Wessel-Niepel erklärt, die Zahl der Prostituierten bzw. Prostitutionsbetriebe sei von der Polizei in 2017 geschätzt worden und seinerzeit deutlich zu hoch angesetzt gewesen. Zudem müssten die Prostituierten sich nicht zwingend in Bremen anmelden, sondern könnten mit einer Anmeldung in einem anderen Bundesland nach Bremen wechseln. Im Zuge der Corona-Pandemie seien auch einige Prostituierte nicht eingereist, sodass insgesamt – bundesweit – ein Rückgang zu verzeichnen sei.

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss**, ob die Prostituierten in die Illegalität abgewandert seien, stellt sie fest, dies würde im Zuge polizeilicher Kontrolltätigkeiten auffallen; entsprechende Kenntnisse lägen derzeit nicht vor. Zudem sei laut den Corona-Verordnungen bundesweit nur die Öffnung der Prostitutionsbetriebe untersagt; die Prostitution als Tätigkeit an sich – eingeschränkt in Hotels oder in Privatwohnungen - sei weiterhin erlaubt.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 9 Universum Management Gesellschaft Bremen (UMG)

Finanzielle Unterstützung aufgrund der Corona-bedingten finanziellen Verluste

Vorlage Nr. 20/154-S

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** erklärt **Frau Dr. Lübben**, dass ein großer Anteil der Belegschaft in die Kurzarbeit ging; zudem habe das Universum auch Personal zur Unterstützung der Bürgerservice-Center und des Gesundheitsamtes aufgrund der Corona-Krise abgestellt. Die genauen Zahlen müsse sie für das Protokoll recherchieren (siehe Anlage 4)

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem in der Senatsvorlage beschriebenen Maßnahmen zur Abwehr einer bilanziellen Überschuldung bei der UMG im Jahr 2020 zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Bereitstellung von Mitteln aus dem Bremen-Fonds in Höhe von 1.333.000 € zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der dargestellten Finanzierung in Form einer Nachbewilligung von bis zu 1,333 Millionen Euro auf die neu einzurichtende Haushaltsstellen 3754/697 10-4 „Erhöhung Gesellschaftereinlage UMG –Bremen Fonds“ zu. Die korrespondierende Einsparung erfolgt im PPL 95 auf der Haushaltsstelle 3994/971 11-4 „Globalmittel zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie“ in Höhe von 1.333.000 €
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts-und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Glocke Veranstaltungsgesellschaft - Finanzielle Unterstützung aufgrund der Corona-bedingten finanziellen Verluste

Vorlage Nr. 20/180-S

Abg. Weiss signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt den in der Senatsvorlage beschriebenen Maßnahmen zur Abwehr einer bilanziellen Überschuldung bei der Glocke im Jahr 2020 zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Bereitstellung von Mitteln aus dem Bremen-Fonds Stadt zu.

3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der dargestellten Finanzierung in Form einer Nachbewilligung von 477.000 Euro auf die neu einzurichtende Haushaltsstelle 3754/682 22-0 „Ausgleich Jahresverlust 2020 Glocke GmbH Bremen Fonds Stadt“. Die korrespondierende Einsparung erfolgt im PPL 95 auf der Haushaltsstelle 3994/971 11-5 „Globalmittel zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie“ in Höhe von 477.000€.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen den erforderlichen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 Fortschreibung Zentren- und Nahversorgungskonzept

Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept (§ 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB)

Vorlage Nr. 20/182-S

Abg. Weiss signalisiert, dass sich seine Fraktion zur enthalten werde.

Abg. Bücking sieht in dem Konzept ein gutes Steuerungsinstrument, auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten.

Dep. Dr. Redder kritisiert nachdrücklich den Umfang der Bürger- und Beirätebeteiligung bzw. die Nicht-Berücksichtigung deren Anregungen im Nebenzentrenkonzept. Ihm lägen vielfache Rückmeldungen vor, die deutliche Unzufriedenheit signalisierten.

Außerdem halte er die Regelungen des Nebenzentrenkonzepts für zu restriktiv bis hin sogar für wirtschaftsschädlich. Seines Erachtens sollten die lokalen Akteure – die ansässige Bürgerschaft, lokale Institutionen und Unternehmen - wissen, wie sich ihr Stadtteil entwickeln lasse. In diesem Sinne sollten die beteiligten Ressorts zum Wohl der Bürger zusammenarbeiten. Diesen Anspruch erfülle das vorgestellte Konzept nicht.

Herr Haacke hält dem entgegen, dass die Ressorts von Bau und Wirtschaft alle Stellungnahmen entgegengenommen hätten und auch im weitesten Sinne großzügig gewürdigt hätten. Unberücksichtigte Anregungen gingen über den Rahmen des ZNK hinaus und mussten daher auch unberücksichtigt bleiben.

Dep. Dr. Redder sieht weiterhin die Beiratsebene für übervorteilt und in den Regelungen des Nebenzentrenkonzepts eine Behinderung von Branchen und Unternehmen, wenn sich Supermärkte nicht wie – auch lokal vor Ort - gewünscht weiterentwickeln könnten oder die schon geplante Ansiedlung eines Möbelhändlers offenbar scheitere. Das sei insgesamt nicht marktgerecht und gemahne an Planwirtschaft.

Dep. Rühl schließt sich dem Dep. Dr. Redder an. Sofern einem Beirat nur die Zustimmung zu den von den beteiligten Ressorts vorgestellten Entwicklungsoptionen bleibe, könne von einer wirksamen Beteiligung keine Rede sein.

Abg. Bücking weist darauf hin, dass es sich mit dem Zentren- und Nahversorgungskonzept tatsächlich um eine Maßnahme zur räumlichen Ordnung der lokalen Märkte handele, insbesondere zum Schutz des bestehenden Einzelhandels. Er sehe es nachdrücklich im Interesse der Stadt, wenn es weiterhin ein dichtes Angebotsnetz gebe und sich die Nebenzentren gerade vor dem Hintergrund der Innenstadtentwicklung in die stadtweiten Interessen integrierten und sich die Zentren nicht kannibalisieren. Auch in diesem Zusammenhang seien etwa Entscheidungen zum Fachmarktzentrum in Habenhausen zu sehen; die einzelnen Begründungen für Ablehnungen der Beiratswünsche halte er auch für präzise und gut begründet. Teilweise Unzufriedenheit in den Beiräten halte er nur für natürlich, denn stadtweite Konzepte – die die Interessen der gesamten Stadt in den Blick zu nehmen hätten – kollidierten mit den lokalen Interessen. Insgesamt sehe er mit dem ZNK eine gute Organisationsstruktur etabliert.

Dep. Dr. Redder priorisiert dagegen den Beiratwillen als entscheidend als Experten vor Ort. In dieser Form halte er die Organisation von Bürgerbeteiligung für funktionslos. Der Basisansatz scheint gut, die Umsetzung wirkt sich aber als zu geschlossen aus.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit beschließt das anliegende Kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept für die Stadtgemeinde Bremen als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB und bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa um entsprechende Vorlage an den Senat zur Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zur abschließenden Beschlussfassung.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit beauftragt die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa auf Grundlage des beschlossenen Konzepts in einem nächsten Schritt gemeinsam mit wesentlichen Marktakteuren und der Öffentlichkeit eine Dialogveranstaltung zur Zukunft der Nahversorgung in Bremen durchzuführen.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit beauftragt die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa den Einsatz neuer Instrumente für die aktive Weiterentwicklung der Zentren und für die Schließung der Defizite der räumlichen Nahversorgung zu prüfen und entsprechend der Ziele des ZNK zum Einsatz zu bringen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

TOP 12 Verschiedenes

- a) **Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Verlustausgleich BgA Markt wegen der coronabedingten Absage bzw. des Verbots der Durchführung der Veranstaltungen Osterwiese, Freimarkt und Weihnachtsmarkt**
Vorlage Nr. 20/189-S

Abg. Weiss signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt den beschriebenen Maßnahmen zur Kompensation der coronabedingten Mindereinnahmen des BgA Markt zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt zum Ausgleich dieser coronabedingten Mindereinnahmen einer Kompensationszahlung aus dem PPL 95, Bremen-Fonds (Stadt) in Höhe von 685.300 € an den PPL 71 „Wirtschaft“, wie in dieser Vorlage dargestellt, zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen den erforderlichen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

- b) **Abg. Weiss** hält es für eine Fehlentscheidung, den Kulturbeutel e.V. an seinem aktuellen Standort im Gewerbegebiet Airport Stadt zu belassen, auch vor dem Hintergrund der nachbarschaftlichen Spannungen, und fragt, ob es schon eine Entscheidung über eine Ausgleichsfläche gebe.

Staatsrat Wiebe erklärt, die Entscheidung über eine Ausgleichsfläche für das Wirtschaftsressort werde im laufenden Aufstellungsprozess zum Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 fallen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020		Stand: 26.01.2021	
Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen EFRE-Mittel aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel			
Prioritätsachse ⁴⁾	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	52.942.780	38.342.476
Achse 2 - KMU	15.347.163	13.160.750	13.997.256
Achse 3 - CO2	18.543.844	15.819.385	1.921.194
Achse 4 - Stadtentwicklung	16.868.633	13.925.050	12.799.865
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	6.866.719
Programm insgesamt	103.021.352	99.968.819	73.927.510
<p>¹⁾ Gesamtmittel inkl. leistungsgebundener Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Die EU-Kommission hat am 09.01.2020 die beantragte Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve in die Achse 2 und 4 genehmigt.</p> <p>²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).</p> <p>³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.</p> <p>⁴⁾ In Achse 1 ist eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Um den Mitgliedstaaten Flexibilität in der Umsetzung zu ermöglichen, darf zudem eine Achse um 10 % überbucht sein, wenn dies durch eine andere Achse kompensiert wird.</p>			

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit in der 20. Legislaturperiode (Stand: 02.12.2020)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (zuletzt: 12.02.2020)
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	
6.	Sanktionssituation in den Jobcentern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. November 2019	20.12.2019 12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (erstmal: 24.04.2019), zuletzt 23.09.2020,
8.	Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronakrise – Gender-Verhältnisse	Per Mail 16.07.2020	Abg. Frau Hornhues	Beantwortung auf Basis der Großen Anfrage B'90, Linke, SPD

Zur Nachfrage des Abg. Weiss zu TOP 5 Land und TOP 6 Stadt, Vorlage 20/188-L/S
„Produktgruppencontrolling; hier: Controllingbericht Januar bis September 2020“

Ausgehend von den Zahlen in der Tabelle auf Seite 5 (Kamerale Finanzdaten), Jahresplanung 2020, Abweichung 1.137 Mio. €

PPL: 71 Wirtschaft

Version: 01-09/20 18.11.20

Verantw.: Wiebe

Einhaltung Finanzdaten: Land ● Stadt ●

Einhaltung Personaldaten: Land ■ Stadt ■

Einhaltung strategische Ziele: Land ● Stadt ■

1. RESSOURCENEINSATZ

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - September 2020					Jahresplanung 2020			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	896	3.132	-2.236	-71,4%	4.550	4.473	4.583	110	4.472
Investive Einnahmen	10.311	10.666	-354	-3,32%	12.595	21.270	21.811	541	20.728
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	24.463	24.423	41	0,17%	24.463	24.422	24.422	0	24.423
- Land, Stadtgem. u. intern	24.463	24.423	41	0,17%	24.463	24.422	24.422	0	24.423
- von Bremerhaven	0	0	0		0	0	0	0	0
Entnahme Rücklage	35.367	0	35.367		35.367	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	71.038	38.220	32.818	85,87%	76.975	50.165	50.816	651	49.623
Personalausgaben	9.055	6.420	2.635	41,05%	10.843	11.541	12.678	1.137	9.186
Sonst. konsumtive Ausgaben	18.271	22.918	-4.648	-20,28%	33.816	33.803	32.617	-1.186	34.218
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	4.659	23.635	-18.975	-80,29%	79.969	80.178	47.669	-32.509	55.669
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	24.723	24.423	301	1,23%	24.723	24.422	24.422	0	24.423
- Land, Stadtgem. u. intern	24.723	24.423	301	1,23%	24.723	24.422	24.422	0	24.423
- an Bremerhaven	0	0	0		0	0	0	0	0
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	56.708	77.395	-20.687	-26,73%	149.351	149.944	117.386	-32.558	123.496
Saldo	14.329	-39.175	53.505	136,58%	-72.376	-99.779	-66.570	33.209	-73.873

im Vergleich zu den Zahlen in der Tabelle auf Seite 6 (Personaldaten), voraussichtliches Jahresergebnis, Differenz 1.598 Mio. €

PPL: 71 Wirtschaft
 Version: 01-09/20 18.11.20
 Verantw.: Wiebe

Einhaltung Finanzdaten: Land ● Stadt ●
 Einhaltung Personaldaten: Land ■ Stadt ■
 Einhaltung strategische Ziele: Land ● Stadt ■

PERSONALDATEN

	September 2020			kumuliert Januar - September 2020			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich	810	699	111	7.068	6.354	715	9.697	8.789	907
Temporäre Personalmittel	70	43	27	320	394	-74	457	548	-90
TPM - Flüchtlinge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	880	742	138	7.388	6.748	640	10.154	9.337	817
Refinanzierte	166	97	68	1.536	892	644	2.093	1.227	866
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	4	29	-25	131	216	-85	194	279	-85
Insgesamt	1.050	869	181	9.055	7.856	1.199	12.440	10.843	1.598
dar.: Beihilfe / Nachvers.	3	23	-20	118	164	-46	159	208	-49
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	139,1	124,4	14,7	133,5	124,4	9,1	134,9	124,4	10,5
Temporäre Personalmittel	8,3	8,7	-0,4	7,7	8,7	-1,0	7,9	8,7	-0,8
TPM - Flüchtlinge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme	147,4	133,1	14,3	141,2	133,1	8,2	142,8	133,1	9,7
Refinanzierte	26,7		26,7	27,1		27,1	27,0		27,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	174,1		174,1	168,3		168,3	169,8		169,8
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool	0,0		0,0	0,4		0,4	0,3		0,3
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge	0,0		0,0	0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal	174,1		174,1	168,8		168,8	170,1		170,1
nachr.: Abwesende	11,7		11,7	11,6		11,6	11,6		11,6

stellt sich die Thematik wie folgt dar:

- 1,137 Mio. € entsprechen in etwa den SF-Daten einschließlich der Jahresplanungen des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Europa (unter anderem auch der Ausgleich der Refi-Personalkosten zum Jahresende)
- 1.598 Mio. € entsprechen exakt den von SF bereitgestellten Daten, die das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Europa als Grundlage für die eigenen Planungen zur Verfügung stehen (hier ist die Steigerungsrate von 10.843 (Soll) zu 12.440 (Ist) = 14,7%)

Somit lassen sich diese Zahlen (mit und ohne Planungen) nicht direkt vergleichen.

Zur Nachfrage des Abg. Weiss zu TOP 9

Grundsätzlich sind alle Mitarbeitenden der UMG, außer der leitenden Angestellten, der Werksstudenten, der Volontäre sowie der FSJler, in Kurzarbeit.
Die Situation wird in Abhängigkeit der Öffnung/Schließung, des Besuchsaufkommens, des Programmangebots sowie anderer Notwendigkeiten (z.B. Ausstellungsbau) gesteuert.